

## **BESCHLUSS DER LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg  
Samstag, 21. April 2012, Louise-Schroeder-Schule

### **RESOLUTION: HAMBURGS ZUKUNFT IST EUROPA**

Europa prägt unser Leben. Wir erleben Europa, mitunter täglich. Wir reisen, ohne den Pass vorzuzeigen oder Geld umzutauschen. Wir lernen und studieren, arbeiten uneingeschränkt in London, Rom oder Warschau. Wir vernetzen uns von Lissabon bis Nikosia, von Helsinki bis Valletta, um grenzüberschreitend Lösungen für Probleme zu finden. Probleme, die uns alle betreffen, weil sie nicht an Staatsgrenzen halt machen und sie daher von keinem Staat alleine bewältigt werden können. Nur mit einer starken Europäischen Union haben wir eine Chance, die Herausforderungen der Zukunft zu gestalten. Es braucht das Gewicht aller derzeit 27 und bald 28 Staaten, um in einer globalisierten Welt Einfluss nehmen und bedeutend zum Kampf gegen Klimawandel, Hunger und Armut oder zur Bewältigung der globalen Finanzkrise beitragen zu können. Nur gemeinsam kann die EU Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus geben oder eine menschenwürdige Migrations- und Flüchtlingspolitik umsetzen. Die EU ist der größte Binnenmarkt weltweit und vor allem für Deutschland von immenser Bedeutung. 59,2 Prozent der deutschen Exporte gingen 2011 in andere EU-Mitgliedstaaten<sup>1</sup>. Doch auch der bewusste Blick in die Vergangenheit lohnt: Die Europäische Union ist und bleibt ein weltweit beispielloses Friedensprojekt. Wir leben in Frieden, Demokratie, Rechts-

---

<sup>1</sup> Quelle:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenM207010011124,property=file.pdf>; Seite 31; abgerufen am 6. März 2012

staatlichkeit und weitgehendem Wohlstand.

Als Tor zur Welt profitiert Hamburg besonders von einer starken Europäischen Union. Hamburg ist eine weltoffene Metropole. Unsere Stadt denkt und handelt europäisch. Hamburg hat Verbindungen in alle Welt. Als Logistikkreuzung Nordeuropas wickelt Hamburg einen Großteil deutscher, aber auch europäischer Ex- und Importe ab. Bezogen auf die Wirtschaftskraft ist Hamburg die fünft-stärkste Region der Europäischen Union. Das derzeitige Wachstum ist zwar von Zuwächsen in Asien getragen. Europa ist für den Hamburger Export aber immer noch wichtiger: Im Ranking Hamburger Ausfuhren stehen vier EU-Staaten vor China. Hamburg muss seine Chancen erkennen und nutzen, es muss Verantwortung übernehmen. Das geht nur in und mit Europa.

Eine besondere Rolle in diesem Handels- und Verkehrswegegeflecht wird für Hamburg dabei immer der Ostseeraum spielen. In den letzten Jahren ist der Anteil des Containerumschlags im Hamburger Hafen für die direkte Nachbarschaftsregion im Ostseeraum von 17 auf 33 Prozent gestiegen. Weit über 151 Feederschiffe pendeln pro Woche zwischen der Hansestadt und den Ostseehäfen. Hier liegt ein großes strategisches Handelspotential für die Hamburger Hafenwirtschaft. Die Ostseekooperation wird für Hamburg unter dem Schlagwort der Integrierten Meerespolitik besonderes Engagement abverlangen. In den Bereichen der Ökologie, Energieeffizienz und des Grünen Wirtschaftens werden besondere Akzente zu setzen sein.

## **FÜR EIN VERANTWORTLICHES HANDELN MIT HAMBURGS PARTNERN**

Hamburg verbindet eine 55jährige Partnerschaft mit St. Petersburg. Die Zusammenarbeit im Ostseeraum und die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg ist für uns Teil der Hamburger Europapolitik. Wir Grüne haben uns in St. Petersburg immer für Menschenrechte, Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement eingesetzt. Wir verfolgen die Vorgänge rund um die Parlaments- und Präsidentenwahlen in Russland daher sehr genau. Putin geht aus der Wahl als Präsident einer gelenkten Demokratie hervor. Von fairen und freien Wahlen konnte weder bei den Regionalwahlen in St. Petersburg noch bei den Duma-Wahlen die Rede sein. Gerade die Hamburger Politik und der Senat müssen dieses im Rahmen der Städtepartnerschaft deutlicher thematisieren und die Themen Demokratie, Menschenrechte und Zivilgesellschaft verstärkt in den Fokus der Städtepartnerschaft legen.

## **MIT DEN RICHTIGEN LEHREN GESTÄRKT AUS DER KRISE**

Die Europäische Union befindet sich derzeit in einer ihrer tiefsten wirtschaftlichen und politischen Krisen. Wenn die Krise nicht überwunden werden kann und die Eurozone auseinanderbricht, stehen all diese Errungenschaften auf dem Spiel. Das gilt in besonderer Weise für Hamburg. Das Aus für den Euro würde Deutschland und den deutschen Export besonders hart treffen. Die massive Aufwertung der von Deutschland getragenen Währung würde den Hamburger Hafen in eine schwere Rezession stürzen. Nicht nur aus diesem Grund sind wir fest überzeugt: Europa ist alle Mühe wert! Mit den Beschlüssen des Bundesparteitags der Grünen in Kiel am 25.11.2011 haben sich die Grünen offensiv zur europäischen Einigung und weiteren Integration der EU bekannt und gleichzeitig umfassend dargestellt, wie Europa gemeinsam aus der Krise kommen und gleichzeitig seine Institutionen demokratisch weiterentwickeln kann.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen endlich den notwendigen Mut aufbringen, um die Ursachen der Krisen tatsächlich zu bekämpfen. Bisher scheitert eine mutige Politik aber vor allem an der Blockadehaltung der schwarz-gelben Bundesregierung. Merkel muss mehr Zeit in die Bändigung der eigenen national-chauvinistischen Reihen als in Überlegungen über effektive Krisenlösungen stecken. Merkel und Co betreiben mutlos eine Krisenpolitik der kleinen Schritte. Für kleine Schritte ist diese Krise aber leider zu groß.

Wir müssen anerkennen, dass die europäische Integration nicht weit genug vorangeschritten ist, um die Europäische Union für die Herausforderungen der Globalisierung und der Gefahr von nicht koordinierten nationalen Politiken zu wappnen. Wir brauchen eine Europäische Union, die die Mittel in die Hand bekommt, diese Krise zu bekämpfen und ihre Ursachen anzugehen: Neue Regelungen, neue Kompetenzen für eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik, denn ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung brauchen eine gemeinsame Politik. Mehr Mut zu mehr sozialem Europa und für mehr demokratisch legitimierte Macht für das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Nur wenn sich die Europäische Union verändert, werden wir die Krise dauerhaft bewältigen können.

Viele der bisherigen Rettungsmaßnahmen waren notwendig zur Bekämpfung akuter Risiken. Das Krisenmanagement wird dauerhaft aber nur gelingen, wenn die EU und die Euro-Zone die Angleichung makroökonomischer Ungleichgewichte ernsthaft angehen und auch durchsetzen können. Zudem muss die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten besser koordiniert und

der Schuldenabbau effektiv vorangetrieben werden. Den Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss ein Altschuldentilgungsfonds hinzugefügt werden. So könnte die Schuldenstandsquote überschuldeter Länder gesenkt, eine erträgliche Refinanzierung möglich werden. Zudem können europäische Anleihen zusammen mit einer stärkeren fiskalischen Koordination die Stabilität der Euro-Zone erhöhen und die Spirale aus Banken- und Staatsschuldenkrise durchbrechen. Doch nur mit Sparen allein wird diese Krise nicht zu lösen sein. Den Sparanstrengungen müssen wir ein wirtschaftsbelebendes Investitionsprogramm entgegensetzen. Wir müssen in den Krisenländern in Ressourceneffizienz, Energienetze und Erneuerbare Energien investieren. Mittel- und langfristig werden die Staaten der Europäischen Union aber nur wettbewerbsfähig sein, wenn sie für Investitionen in hochqualifizierte Arbeit, Forschung und Entwicklung interessant sind. Daher muss jetzt stärker in Bildung und den Aufbau von Wissenschaftsstandorten investiert werden. So kann den Krisenstaaten eine wirtschaftliche Perspektive gegeben und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Aus diesem Grund bedarf es eines Europäischen Investitionsprogramms, das nicht nur Griechenland bei der Bewältigung ihrer Schulden- und Strukturprobleme unterstützt.

## **EUROPA IST SACHE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER**

Wir als Europäerinnen und Europäer verstehen uns als Wertegemeinschaft. Dieses einigende Band ist die Grundlage der europäischen Integration und vereint uns in unserem Ziel, den Herausforderungen der globalisierten Lebenswirklichkeit nach den Maßstäben gemeinsamer Überzeugungen zu begegnen. Die Europäischen Verträge drücken dieses gemeinsame Vorhaben in einer beispiellosen Form aus. Viele der notwendigen Änderungen lassen sich innerhalb der bestehenden Europäischen Verträge umsetzen. Einige bedürfen jedoch einer Änderung der Europäischen Verträge. Dafür streiten wir. Die Änderungen der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union müssen in einem demokratischen, transparenten und bürgerfreundlichen Verfahren erarbeitet werden. Unser Europa ist ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Ohne ihre Unterstützung kann das Projekt Europa nicht funktionieren. Wir fordern daher einen Europäischen Konvent unter Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zu den Themen Wirtschaft, Haushalte, Finanzen, Soziales und Demokratie, der das ordentliche Vertragsänderungsverfahren vorbereiten und gemäß Artikel 48 des Vertrags der Europäischen Union durchführen soll.

Ohne öffentlich sichtbare, transparente und nachvollziehbare Prozesse wenden sich die Men-

schen von Europa ab. Wir erleben aber gerade, wie folgenreiche Beschlüsse nur zwischen Staats- und Regierungschefs ausgehandelt und die Menschen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Das müssen wir ändern. Europäische Beschlüsse und Vereinbarungen müssen auf europäischer Ebene getroffen und dürfen nicht zwischenstaatlich ausgehandelt werden. Die europäischen Institutionen – insbesondere das Europäische Parlament und die Europäische Kommission – müssen gestärkt werden. Die Bürgerinnen und Bürger können Europa aber auch nur unterstützen, wenn sie Europa verstehen. Es ist daher Aufgabe der Politik, der öffentlichen Einrichtungen und der Medien, Europa stärker in das allgemeine Bewußtsein zu bringen. Dazu gehört alles, was eine europäische Identität stärken kann, z.B. die Erinnerung an europäische Geschichte, die Förderung von kulturellem Austausch, die Förderung von europäischen Sprachen und die Vergegenwärtigung der europäischen Präsenz in Hamburg durch die unterschiedlichen Communities.

In Hamburg heißt unser Konzept gegen Europa-Frust: Beteiligen! Hamburg soll EU-Vorbild darin werden, dass die Menschen hier über anstehende europäische Entscheidungen informiert und an der Positionierung der Stadt beteiligt werden. Deswegen wollen wir eine verbesserte EU-Öffentlichkeitsarbeit der Stadt, mehr Unterstützung für die europäische Jugendarbeit, eine Ausweitung der Beteiligungsrechte der Bürgerschaft an EU-bezogenen Entscheidungen im Bundesrat und die Verankerung des Erlernens einer Europakompetenz im Hamburger Schulunterricht. Darüber hinaus wollen wir durch die Förderung von Bezirkspartnerschaften Europa auch in den Stadtteilen emotional verankern. Zukünftig sollen überzeugte Hamburgerinnen und Hamburger auch überzeugte Europäerinnen und Europäer sein! Wir erkennen an, dass das Konzept des Europamarkts seine Schwachstellen hatte. Eine ersatzlose Absage, wie durch die SPD geschehen, kann aber nicht die Antwort sein! Wir wollen eine starke Partizipation von Jugendlichen in einem europäischen Hamburg und fordern ein umfassendes Konzept, um dieses zu gewährleisten.

## **GRIECHENLAND MUSS TEIL DER WÄHRUNGSUNION BLEIBEN**

Hamburg und Deutschland haben ein starkes politisches und wirtschaftliches Interesse daran, dass Griechenland Teil der Währungsunion bleibt. Wer Griechenland aufgibt, riskiert auch die Stabilität in der Region. Das ist der falsche Weg. Ein ungeordneter Staatsbankrott Griechenlands würde die Europäische Union und Deutschland im Besonderen ein Vielfaches der bis jetzt geplanten und geleisteten Hilfen kosten. In Hamburg würde es wieder die HSH Nord-

bank treffen. Ohne neuerliche Steuermittel könnte die Bank einen Staatsbankrott kaum verkraften. Zudem drohten Ansteckungseffekte, die auch andere Staaten schnell in schwerste Probleme bringen könnten. Für Griechenland und seine Bevölkerung wären die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen verheerend und unkalkulierbar. Die Unterstützung Griechenlands mit einem zweiten Hilfspaket war aus diesem Grund politisch richtig und ökonomisch sinnvoll, selbst wenn die bis jetzt vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichend sind und der Schuldenschnitt zu spät kommt.

Die Bundesregierung muss sich jetzt unmissverständlich und klar zu Griechenland als Mitglied der Währungsunion und damit zu Europa und zum Euro bekennen. Das ist Grundvoraussetzung für die Belebung der Wirtschaftsentwicklung. Außerdem würde mit einer Desintegration Griechenlands riskiert, dass das Projekt Euro scheitert. Ein solches Scheitern würde weltweit die Wirtschaftsentwicklung bremsen. Hamburg wird von dieser Entwicklung besonders betroffen sein, trotz seiner guten Beziehungen zu China.